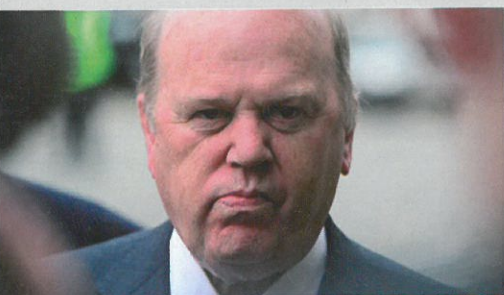


# 7. Sparhaushalt in Folge

## Budget 2014 ermöglicht Ausstieg aus dem EU-Rettungsschirm

- Einsparungen und Steuererhöhungen von 2,5 Milliarden Euro
- Junge Arbeitslose und alte Kranke zur Kasse gebeten
- Freie Gesundheitsfürsorge für Kinder unter 5 Jahren
- Zufriedenheit im Tourismussektor
- Anreize für Baugewerbe und neue Arbeitsplätze

Die Staatsausgaben sollen 2014 um weitere 2,5 Milliarden Euro sinken. Das will Finanzminister Michael Noonan, wie er bei der Einbringung seines Budgets 2014 am 15. Oktober im Dáil ausführte, durch ein Bündel von Einsparungen sowie durch Steuererhöhungen erreichen. Damit soll die Staatsverschuldung von 7,3% des Bruttonationalprodukts auf 4,8% im kommenden Jahr und auf 2,9% im Jahr 2015 weiter reduziert werden. Das Budget ermögliche, so Noonan, den Ausstieg Irlands aus dem EU/IWF-Rettungsschirm im Dezember 2013.



Finanzminister Michael Noonan verkündigte seinen Sparhaushalt 2014 am 15. Oktober 2013

### Bits and Bobs

Der Haushalt vollführt einen Spagat. Der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU und IWF kann gemeldet werden, dass das von ihr gesteckte Ziel von 3,1 Mrd. Euro Einsparung erzielt worden sei. Aber gegenüber dem iri-

schen Volk kann die Regierung behaupten, sie habe die Austerität gelockert, um dem bereits beginnenden Aufschwung Gebühr zu tragen, und nur Einschnitte bzw. Steuererhöhungen von 2,5 Mrd. vorgesehen. Die Diskrepanz von 600 Mio. Euro erwartet sich die Regierung offensichtlich von Einsparungen beim Schuldendienst.

Interpreten des Haushalts fanden es schwer, die Übersicht zu behalten, so viele 'Bits and Bobs', so viele Detailänderungen bei Einnahmen und Ausgaben führte Noonan in seinem Budgetplan auf. Zu den kontroversesten Maßnahmen zählte die Senkung der Einkommensgrenze bei der 'Medical Card' für über-70-Jährige – d.h. die Einkommensgrenze für die kostenlose medizinische Rundumversorgung für Einzelpersonen wurde auf 500 Euro und für Paare auf 900 Euro pro Woche gesenkt – die Streichung des Telefonfreibetrags für Rentner und die Begrenzung von Arbeitslosenunterstützung für unter 25-Jährige auf 100 Euro pro Woche. Das Kindergeld für alle Kinder ab dem vierten Lebensjahr sinkt um 10 Euro pro Woche. Das Mutterschaftsgeld – bisher zwischen 217 und 262 Euro – wird auf 230 Euro 'standardisiert'. Bier, Schnaps und Zigaretten werden alle mit 10 Cent zusätzlich belastet, Wein mit 50 Cent.

### Finanzspritze für die Baubranche

Begrüßt wurde eine neue Initiative zur Haus- und Wohnungsrenovierung, die Steueranreize für Wohnungseigentümer vorsieht, die ihr Heim renovieren und modernisieren wollen –

13,5% Steuernachlass auf Arbeiten zwischen 5.000 und 30.000 Euro in den Jahren 2014 und '15. Dazu kommt ein 30 Mio. Euro-Programm für sozialen Wohnungsbau, das 500 neue Häuser finanzieren soll. Und 10 Mio. Euro sollen für die Fertigstellung von Ghost Estates bereitgestellt werden. Die Baubranche, die eigentlich auch eine Senkung der Mehrwertsteuer für ihren Sektor auf dem Wunschzettel hatte, zeigte sich erfreut über die Maßnahmen und versprach neue Arbeitsplätze.

Noonan kündigte darüber hinaus 25 Maßnahmen an, um Unternehmen zu unterstützen und zu entlasten – deren Wert sich auf 500 Mio. Euro beläuft und die auf die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen abzielen. In den nächsten Jahren sollen 1.250 neue Lehrstellen geschaffen werden.

Ebenfalls begrüßt wurde die freie Gesundheitsfürsorge für alle Kinder unter 5 Jahren – was den Staat 37 Mio. Euro kosten wird. Billy Kelleher, der gesundheitspolitische Sprecher von Fianna Fáil, merkte sarkastisch an, dass die Regierung "die Großeltern beraubt, um ihren Enkeln freien Zugang zum Gesundheitswesen zu ermöglichen."

Die Tourismusbranche zeigte sich hochofreut über den Beibehalt der neunprozentigen Mehrwertsteuer für Tourismus und für Hotels und Gaststätten. Auch hier seien Einnahmewachse und neue Stellen zu erwarten. Außerdem kündigte Noonan die Abschaffung der Flughafen-Passagiersteuer ab April des nächsten Jahres an. Worauf Michael O'Leary ankündigte, Ryanair werde ab April acht neue

Ziele von Shannon aus anfliegen, darunter Berlin und München. Das werde im Jahr etwa 300.000 Touristen mehr in den Westen Irlands bringen.

### Ausstieg aus dem Rettungsschirm

Von 2014 bis 2016 wird eine Bankenabgabe von 150 Mio. jährlich erhoben. Dagegen sind keine Veränderungen bei der Einkommenssteuer und der Kfz-Steuer vorgesehen, und auch bei der Sozialabgabe und beim Betreuungsgeld sind keine Änderungen vorgesehen. Die staatlichen Renten werden nicht angetastet. Auch bei der Besteuerung von Sprit, Heizöl und Gas wird nicht an der Schraube gedreht. Auch erteilte Noonan allen eine deutliche Abfuhr, die an der Unternehmenssteuer von 12,5% rütteln wollen.



**James Reilly** (Foto: Laura Hutton/Photocall Ireland)

Allerdings kündigte Noonan an, dass die irische Regierung erstmals etwas gegen Steuerflucht unternehmen will. Schlupflöcher für Unternehmen wie Apple sollen geschlossen werden. Der US-Konzern mit europäischem Sitz in Irland zahlte im letzten Jahr keinen müden Cent auf sein Einkommen in Höhe von 44 Milliarden US-Dollar – und verstieß dabei nicht gegen das Gesetz! Gemäß irischer Rechtslage dürfen multinationale Unternehmen eine Niederlassung in Irland betreiben, ihren Steuersitz aber in einem anderen Land

mit niedrigen Steuersätzen haben – oder in gar keinem Land, wie im Fall von Apple. Ab 2015 sollen Unternehmen dazu gezwungen werden, so Noonan, entweder einen Steuersitz zu benennen oder in Irland Körperschaftsteuer zu bezahlen. “Irland will Teil der Lösung dieser globalen Steuerherausforderung sein und nicht Teil des Problems”, erklärte der Finanzminister vor dem Dáil.

Ziel dieses Haushalts sei, so betonte Michael Noonan, “den Fortschritt, den wir bereits gemacht haben, zu unterstützen; Maßnahmen zu verstärken, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln; Bedingungen zu schaffen, die neue Arbeitsplätze entstehen lassen; und den Ausstieg aus dem Rettungsschirm vorzubereiten”. Labour-Chef und Koalitionspartner Eamon Gilmore nannte den Haushalt 2014 “das letzte der schwierigen Budgets”. Alle Schritte seien damit unternommen, um bis 2015 wieder bei einem Schuldenstand von unter 3% des Brutto-sozialprodukts zu liegen.

### “Vor dieser Regierung sind noch nicht einmal die Toten sicher”

“Zu viel versprochen, zu wenig geboten”, das sei das Problem dieses Haushalts, so der finanzpolitische Sprecher der größten Oppositionspartei Fianna Fáil, Michael McGrath. Es sei bereits das dritte Budget in Folge, das die Finanzlasten zu Ungunsten derer umverteile, die am wenigsten in der Lage seien, sie zu tragen.

Die Leidtragenden seien die Alten, junge Mütter und diejenigen, die um den Erhalt ihrer Wohnung bangten. Dagegen würden die Besserverdienenden gegen die schlimmsten Auswirkungen der Krise “isoliert”. 35.000 würde ihr Anrecht auf eine ‘Medical Card’ verlieren, rechnete sein Parteikollege Sean Fleming vor. Die Art, in der Rentner von dieser Regierung behandelt würden, sei “beschämend”.

“Nicht einmal die Toten sind vor dieser Regierung sicher”, kommentierte er den Wegfall der Unterstützung bei Trauerfällen in Höhe von 850 Euro. “Nicht genug, dass sie eine Grundsteuer auf den Besitz von Verstorbenen erheben, jetzt streichen sie auch noch die moderate Unterstützung, die es den Hinterbliebenen ermöglicht, ihnen eine würdige Beerdigung auszurichten”.

Sinn Féin griff vor allem die Einschränkung des Arbeitslosengeldes für Unter-25-Jährige an. Die Regierung wolle wohl den Eindruck erwecken, sagte Mary Lou McDonald, die Generation der Unter-25-Jährigen sei eine “faule Taugenichts-Generation”. Oder habe sie nicht gemerkt, dass es für junge Iren keine Jobs gibt? Fine Gael und Labour, so Gerry Adams, trieben mit ihrer Haushaltspolitik junge Iren in die Emigration.

### Gesundheitsminister Reilly unter Druck

Besonders hart traf es das Gesundheitsbudget – das Staatsministerium und Brendan Howlins Ministerium für Öffentliche Ausgaben soll im kommenden Jahr 666 Mio Euro aus dem Haushalt von Gesundheitsminister James Reilly herausoperieren. Darüber soll es zu Verstimmungen zwischen Enda Kenny, Finanzminister Noonan und Reilly gekommen sein.

Rentnerorganisationen protestierten gegen die Kürzungen bei der Medical Card. Und von der Opposition kamen Forderungen nach dem Rücktritt des Ministers. Aber sowohl die Führung von Fine Gael wie auch die von Labour versicherten dem stellvertretenden Vorsitzenden von Fine Gael, dass sie voll hinter ihm stünden. Er habe einen schwierigen Job, attestierte Eamon Gilmore dem angegriffenen Gesundheitsminister, aber er komme gut voran mit der Reform des Gesundheitswesens.

# Referendum am 4. Oktober

48,3% YES ● 51,7 % NO

NO

Turnout: 1,240,722 (39.2%) ● Electorate: 3,167,217 ● Spoiled: 14,348 (1.2%) ● Valid: 1,226,374

## Senat bleibt – Niederlage für Kenny

Die von der Regierung vorgeschlagene Abschaffung des irischen Oberhauses wurde bei der Volksabstimmung am 4. Oktober überraschend abgelehnt. 591.937 Wähler stimmten dafür – 634.437 gegen die Abschaffung des Senats. Knapp 40% der Wahlberechtigten hatten ihre Stimme abgegeben.

## Abschaffung oder Reform?

Seanad Éireann ist das Oberhaus des Oireachtas, des irischen Parlaments. Nach mehr als 90 Jahren Existenz wollte die Koalitionsregierung unter Taoiseach Enda Kenny diese Institution nun abschaffen. Sie sei zu teuer – 20 Mio. Euro Einsparungen waren versprochen – und für den demokratischen Prozess nicht mehr erforderlich. Die Gegner der Abschaffung – vor allem die Oppositionspartei Fianna Fáil – wollten, dass der Senat reformiert werde – er spiele eine wichtige Rolle bei der demokratischen Kontrolle der Regierung.

Der Seanad Éireann war bereits einmal abgeschafft worden, im Jahr 1936, war aber nur ein Jahr später im Rahmen der neuen De Valera-Verfassung wieder eingerichtet worden. Die meisten der 60 Senatoren werden von örtlichen Kollegien aus Politikern und Wissenschaftlern gewählt. Das wichtigste Machtmittel besteht darin, ein vom Dáil, dem irischen Unterhaus, verabschiedetes Gesetz für 90 Tage aufhalten zu können. Allerdings machte der Senat in den vergangenen 75 Jahren nur zwei Mal davon Gebrauch.

Drei Millionen Iren waren am 4. Oktober dazu aufgerufen, per Referendum über Sein oder Nichtsein des Senats zu entscheiden. Alle Umfragen sprachen dafür, dass die Tage des Senats gezählt sein würden. Umso länger die Gesichter der Befürworter, als die Ergebnisse der Auszählung bekannt gegeben wurden.



## Ost-West-Gefälle

Während im Westen und in ländlicheren Regionen die Befürworter der Abschaffung – vor allem Fine Gael und Sinn Féin – sich über mehr oder weniger deutliche Vorsprünge der Ja-Stimmen freuen konnten, wiesen Dublin und der Osten das Ansinnen klar zurück. Aber auch in Donegal wurde die Senatsabschaffung abgelehnt.

Die Ja-Seite war in Mayo – der Heimat von Enda Kenny – mit über 57 % am stärksten. Auch in Roscommon-South Leitrim, Cork North Central, Sligo North Leitrim, Galway East, Tipperary South, Tipperary North, Limerick, Kerry North and West Limerick, Clare, Mayo und Limerick City überwogen die Ja-Stimmen. Aber 20 von 31 Wahlkreise sagten Nein: Galway West, Dublin South, Dublin Mid West, Dublin Central, Dublin North Central, Dublin West, Dublin North West, Dublin South East, Meath East, Meath West, Dun Laoghaire, Kildare North, Kildare South, Cork South Central, Dublin Mid West, Dublin South West, Dublin North, Donegal South West, Waterford und Donegal North East.



Enda Kenny

## ‘Power Grab’

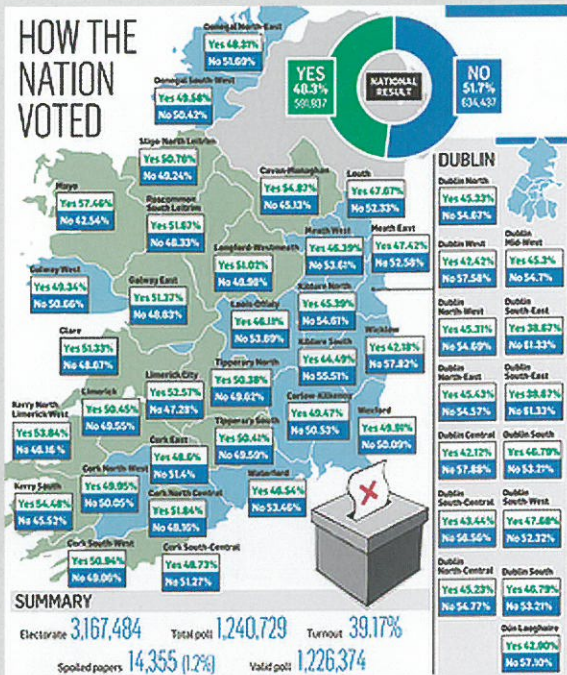
Fine Gael hatte in ihrem Wahlprogramm für 2011 das Referendum über die Senatsabschaffung versprochen. Im Mai hatte sich, nachdem der Termin des Referendums angekündigt und die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen war, eine Gruppe unter dem Banner ‘Democracy Matters’ gebildet, mit dem Historiker Diarmaid Ferriter, dem ehemaligen Justizminister Michael MacDowell und dem Ex-Senator Joe O’Toole an der Spitze, die der Regierung vorwarfen, mit der Abschaffung des Senats die Macht der Regierung noch verstärken zu wollen. Dieses ‘Power Grab’ könne nur ein Nein-Votum stoppen.

Im Juli dieses Jahres stimmte der Senat dem Referendum zu. Sinn Féin schloss sich der Kampagne für die Abschaffung an: der Senat sei zu ‘elitär’ und zu ‘abgehoben’. Im September kam es dann zu Kontroversen, weil Enda Kenny es ablehnte, im Fernsehen mit Oppositionsführer Micheál Martin über das Referendum zu diskutieren. Martin nannte das Verhalten des Taoiseach ‘diktatorisch’. Am Ende debattierten Richard Bruton und Micheál Martin vier Tage vor dem Referendum das Pro und Contra der Senatsabschaffung.

Im Juli dieses Jahres stimmte der Senat dem Referendum zu. Sinn Féin schloss sich der Kampagne für die Abschaffung an: der Senat sei zu ‘elitär’ und zu ‘abgehoben’. Im September kam es dann zu Kontroversen, weil Enda Kenny es ablehnte, im Fernsehen mit Oppositionsführer Micheál Martin über das Referendum zu diskutieren. Martin nannte das Verhalten des Taoiseach ‘diktatorisch’. Am Ende debattierten Richard Bruton und Micheál Martin vier Tage vor dem Referendum das Pro und Contra der Senatsabschaffung.

## Alptraum für Kenny

Das Ergebnis ist ein kleiner Alptraum für Enda Kenny und seine Regierung. Immerhin hatte er seine ganze Autorität eingesetzt, um ein Ja-Votum herbeizuführen. Es war seine Idee gewesen. Er hatte sie 2009 erstmals ins Spiel gebracht und damit die Politik seiner Partei, die auf eine Reform des



stil ändern und mehr auf seine Kollegen hören müsste, wenn sich die Referendumsniederlage nicht zur Rebellion ausgewachsen soll.

### Reformdruck

Jetzt, nach dem überraschenden Erfolg der Nein-Kampagne, wird der Druck umso stärker, den Senat zu reformieren, ihm mehr Machtbefugnisse, mehr demokratische Legitimation und effizientere Strukturen zu geben. „Ein großartiger Tag für die irische Demokratie,“ meinten denn auch Micheál Martin und seine Fianna Fáil-Kollegen sowie eine Gruppe unabhängiger Senatoren, als das Resultat am Nachmittag des 5. Oktober in Dublin Castle bekannt gegeben wurde.

Enda Kenny zeigte sich „persönlich enttäuscht“. Manchmal kriege man als Politiker eben Prügel – aber er akzeptiere „mit Demut“ die Entscheidung des Volkes. Denn das sei der Kern der irischen Verfassung: dass die Bürger Irlands in demokratischen Volksabstimmungen das letzte Wort haben über Verfassungsänderungsvorschläge. Er signalisierte Bereitschaft, in Zusammenarbeit mit dem Senat, das von ihm bis zur Abstimmung noch als „nicht reformierbar“ bezeichnetes Gremium zu reformieren. Brendan Howlin, Minister für öffentliche Ausgaben, stellte in den Raum, dass die Iren schon bald in einem weiteren Referendum über einen radikal reformierten Senat abstimmen könnten.

### Quinn-Zappone Bill

Die Senatoren Feargal Quinn und Katherine Zappone hatten bereits lange vor dem Referendum einen Gesetzentwurf im Senat eingebracht, der die Institution reformieren soll: Senatoren sollen demnach von allen Wahlberechtigten gewählt werden – auf Vorschlag von mindestens 500 Wahlberechtigten. Auch Auslands-Iren mit irischem Pass hätten das Wahlrecht. Der reformierte Senat hätte eine gleiche Zahl von männlichen und weiblichen Abgeordneten. Seine Befugnisse wären erweitert – bei der Überprüfung europäischer Gesetzgebung; der Prüfung öffentlicher Stellenvergaben; dem Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen.

Auch weiterhin würden die Universitäten sechs Senatoren stellen, und die fünf Kategorien für Senatoren – Kultur/Erziehung, Landwirtschaft, Arbeit, Industrie und Handel, Verwaltung – würden, wie in der Verfassung von 1937 festgelegt, beibehalten. Und dem Taoiseach bliebe es weiterhin überlassen, 11 Senatoren zu nominieren.

Die Senatorengelöhler würden halbiert werden, auf etwas über 43.000 Euro, und Abfindungen bei Ausscheiden oder Rücktritt würden gestrichen. Und wenn eine Petition mit mindestens 1.000 Unterschriften dies verlange, werde ein öffentlicher Anhörungsausschuss des Senats das vorgebrachte Thema debattieren.



Der Vorsitzende des Senats und dessen Stellvertreter sollten geheim gewählt werden, besagt die letzte Klausel des Gesetzentwurfs. Er könnte bis Ende des Jahres bereits verabschiedet werden und, da er keine Verfassungsänderung beinhaltet, müsste er nicht durch ein Referendum abgesegnet werden.

Da aber liegt die Krux. Wie der Jurist und Berater der Labour Party Richard Humphreys kritisierte, rüttle der Gesetzentwurf von Quinn und Zappone nicht an der „kompletten Machtlosigkeit“, die den derzeitigen Senat kennzeichne.

### Berufungsgericht

Die andere Frage, die die Iren am 4. Oktober zu beantworten hatten, betraf die geplante Einführung eines Berufungsgerichtshofs. Der Einrichtung dieser Gerichtsinstanz, die den Obersten Gerichtshof entlasten soll, stimmten die Iren mit einer fast Zweidrittel-Mehrheit zu. Mehr als 65% sagten Ja. Es wird nun erwartet, dass der neue Gerichtshof bis Herbst 2014 operativ sein wird.

Senats abgezielt hatte, neu ausgerichtet. 20 Mio. Euro einzusparen und 60 Politikern den Laufpass zu geben – wer wollte da Nein sagen?

Die Nein-Seite argumentierte, die Abschaffung des Senats sei schlecht für die Demokratie – dabei war es gerade die undemokratische Natur des Senats, die den Ruf nach Abschaffung hatte aufkommen lassen. Und sie pochte darauf, dass Reform besser sei als Abschaffung. Auch alle Senatoren der Labour Party waren gegen die Auflösung.

Das könnten die entscheidenden Fehler von Enda Kenny gewesen sein: nicht zuzulassen, dass eine Option für grundlegende Senatsreform auf dem Stimmzettel Platz fand, auf der umstrittenen Summe von 20 Mio. Euro Einsparung zu pochen, und sich dem Vorwurf der „Feigheit“ auszusetzen, weil er sich weigerte, seinen Abschaffungsplan im Fernsehen mit Micheál Martin zu debattieren. Gerry Adams attestierte der Regierung eine „trotzlose Kampagne“.

Aus seiner eigenen Partei wurde Kenny mit vereinzelt Rufen nach Rücktritt konfrontiert. Und selbst seine Freunde mahnten an, dass er seinen Führungs-